

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 63 (1984)
Heft: 6

Anhang: SP intern

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

SP **intern**

**Interner Informationsdienst für Sektionen, Kantonalparteien
Mandatäre, Kader, Mitglieder und Sektionsinfo-Redaktionen
Herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz
Postfach 4084, 3001 Bern, Tel. 031/24 11 15, Telex 33 864**

BERN, JUNI 1984

BEILAGE ZU "ROTE REVUE" 6/84

NR. 47

Hat sich die Bankeninitiative gelohnt?

Nach 7 Jahren ist die Bankeninitiative vom Tisch, massiv vom Tisch.

Wir mussten dieses Resultat nach aller Angstmacherei und Verunsicherungsstrategie der Banken erwarten. Der Inhalt einer solchen Initiative war so abstrakt, dass ihn nur mit konkretem Verstehen füllen konnte, wer über entsprechende Werbemillionen verfügte.

Unsere Partei hatte nur gerade die Unterstützung des SGB und der Aktion Finanzplatz. Wir kämpften allein auf verlorenem Posten. Deswegen hat nur gerade die SP-Stammwählerschaft zu uns gehalten. Die kantonalen Resultate der Initiative entsprechen, mit wenigen Ausnahmen, ziemlich genau dem SP-Wähleranteil.

Hat sich dieser 7-jährige Aufwand überhaupt gelohnt? Man kann sich ruhig fragen, ob die SPS nicht ein geeigneteres Thema hätte finden können. Denn Initiativen bestimmen für

viele Jahre die Prioritätsthemen der Partei. Oder hätte die SP die Initiative nach dem Stimmungstief von 1983 ("Banken kein Thema mehr im Wahljahr") etwa zurückziehen sollen?

Ich glaube, die Bankeninitiative hat sich trotzdem gelohnt. Die Bewusstseinsbildung um Steuerhinterziehung, Kapitalflucht und Bankenmacht, die sie ausgelöst hat, wird lange nachwirken.

Was sich bei so einer Kampagne einprägt, bleibt jahrzehntelang hängen. Noch heute begegnen wir Genossen, die von den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Kriseninitiative von 1935 oder von den steuerpolitischen Anliegen Max Webers aus der Finanzabstimmung von 1954 geprägt sind.

Es ist sicher, dass es heute ohne die Bankeninitiative keinen Sparer-schutz gäbe. Noch vor einem Jahr haben die Banken die Sparer-schutz-

versicherung massiv bekämpft, aber kurz vor der Abstimmung doch noch verwirklicht.

Ich bin auch sicher, dass die Sorgfaltspflichtvereinbarung, die nun ins Gesetz überführt werden soll, ohne die Bankeninitiative nicht existierte. Bis in 10 Jahren werden wesentliche Forderungen der Bankeninitiative verwirklicht sein, und zwar auf Druck des Auslandes.

Unsere Partei war bei dieser Kampagne geschlossen. 70 Referenten waren wochenlang unterwegs. In der deutschen Schweiz haben wir 1 Million Zeitungen in die Haushalte gestreut. Hunderte von Veranstaltungen sind organisiert worden.

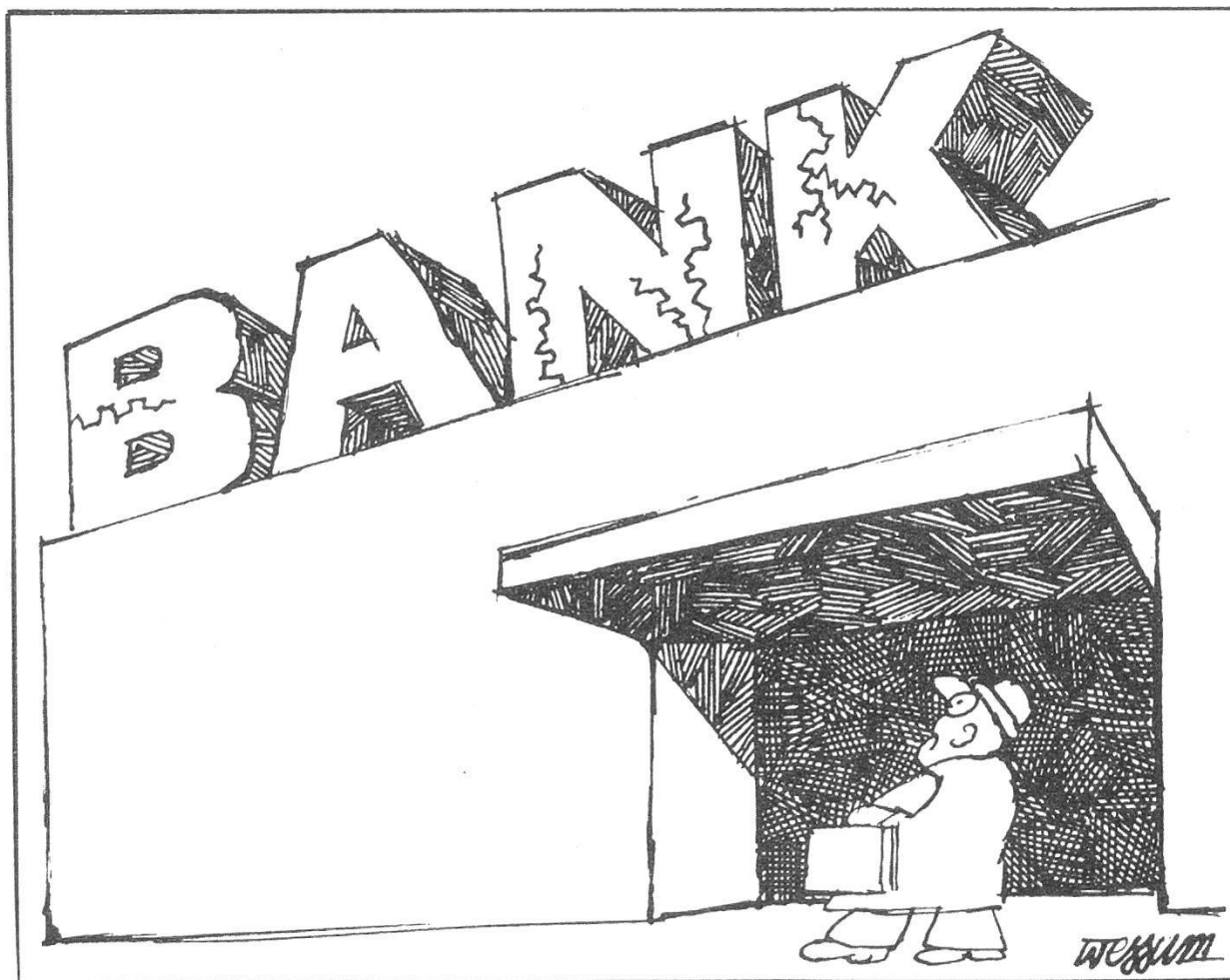
Wir haben uns selber bewiesen, dass wir eine Kampagne führen können. In der deutschen Schweiz zumindest. Beim nächsten Mal sind wir dann vielleicht weniger allein zum vornherein auf verlorenem Posten.

Wo Schwachstellen sind, konnten die Kantonalparteien sie jetzt in Erfahrung bringen. Ich denke vor allem auch ans Welschland.

Auf jedenfall sei allen Referenten, Aktivisten und Helfern Anerkennung für den Einsatz ausgesprochen.

Mit freundlichem Gruss

Ruedi Strahm
Rudolf H. Strahm



Der Schatten des grossen Jubiläums

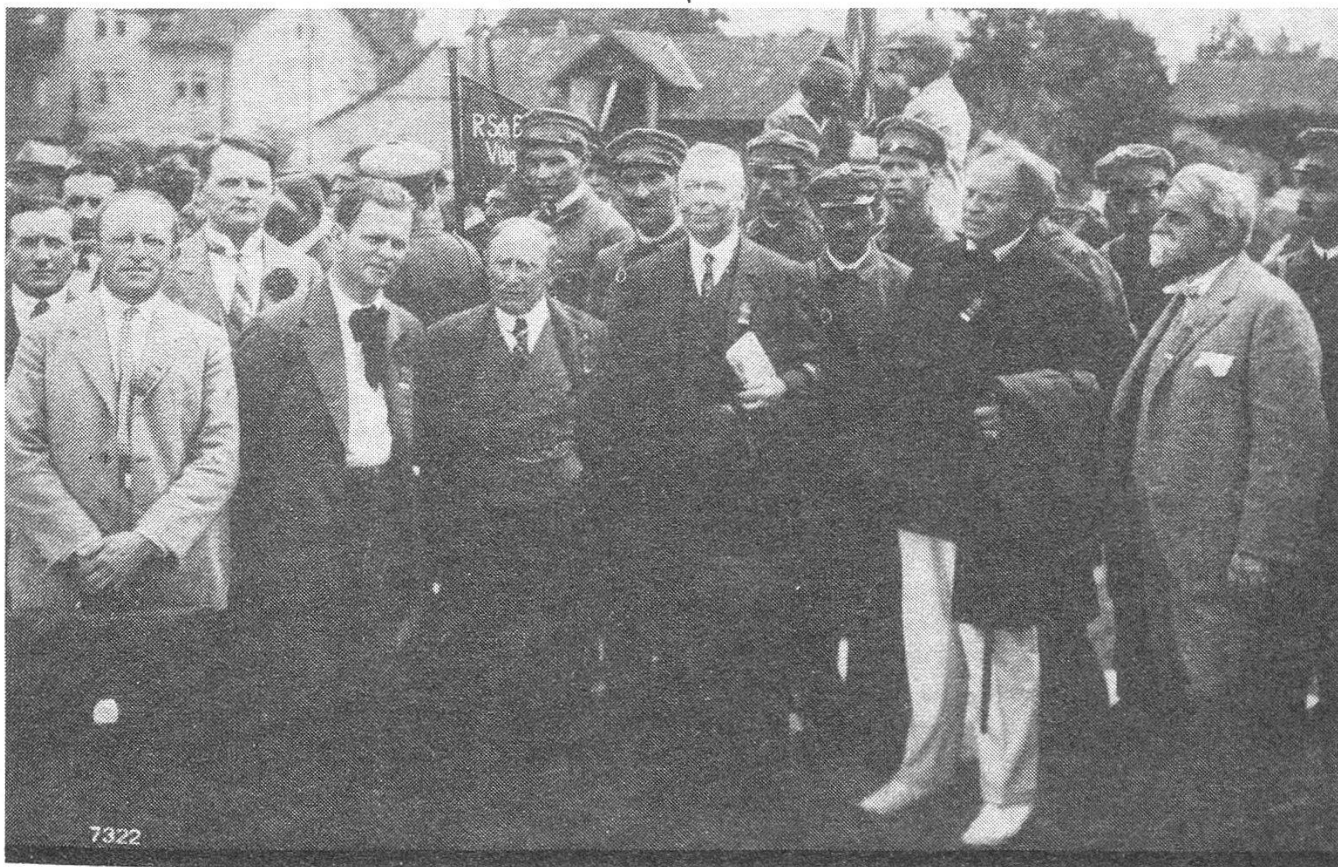
Grosse Jubiläen werfen ihre Schatten voraus - oder unter die Augen derjenigen, die daran arbeiten. Bei uns ist es 1988 soweit, in vier Jahren also. Dann nämlich ist es hundert Jahre her, seit Albert Steck die SP Schweiz definitiv gegründet hat.

Wir haben langsam ein Auge darauf geworfen, alte Zeitungen, Bilder oder Plakate daraufhin zu untersuchen, ob sie für eine spätere Publikation tauglich seien. Denn vieles, was an Material vorhanden ist, wird man nicht in zwei-drei Monaten beschaffen können. Weil vieles auch in privaten Schatullen oder gutgehüteten Sektionsarchiven lagert.

- SP-ler 1938 beim Unterzeichnen der Konvention zwischen SPS und der soz. Jugendorganisation
- Willy Brandt bei einem Schweizer Besuch, die "Tagwacht" lesend.

Eben wir schicken Euch die Fotos auch garantiert wieder zurück. Und allenfalls bestehenden Copyrights werden selbstverständlich berücksichtigt.

Ein Beispiel so eines antiken Bildes unten:



Wir suchen vor allem Bilder mit "ägschen", zum Beispiel:

- SP-ler am Generalstreik
- ein Ausflug des SP-Touristenvereins "Naturfreunde" zu seinem 25. Jahrestag 1930
- AZ-Redaktor beim Verlassen des Gerichtsgebäudes nach einem Presseprozess

Der deutsche Reichspräsident Löbe (ganz rechts) trifft am 1. Mai 1927 in Arbon Genossen aus Oesterreich und der Schweiz, darunter den ersten Redaktor der Thurgauer Arbeiterzeitung Otto Kunz (zweiter von links, mit Monstermischung aus Krawatte und Halstuch).

5 Feststellungen und 5 Pläne nach der Medientagung

Die fünf Feststellungen zur Arbeiterzeitungssituation:

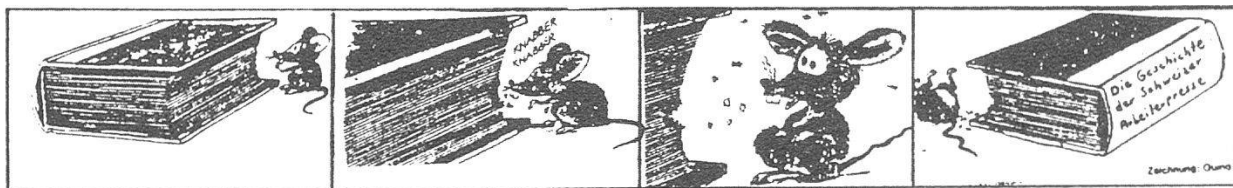
1. Die Medientagung der SPS in Aarau hat wie schon die früheren Diskussionen um die Arbeiterzeitungen klargemacht, dass die AZ's nur als Zeitungen mit starkem Lokalteil aufrechtzuerhalten sind.
2. Bei einigen AZ's ist das Potential der SP-Mitglieder beinahe ausgeschöpft. Das heisst, dass die Zeitung auch für neue Gruppierungen ausserhalb der Partei so attraktiv sein muss, dass sie gekauft (bzw. abonniert) wird.
3. Die Arbeiterzeitungen haben fast alle auf neue Techniken umgestellt oder sind dabei. Die wenigsten aber haben die Möglichkeit, direkt von ihrem Fotosatzsystem ins System der je andern Blätter zu gehen, wie es z.B. Volksrecht und Freier Aargauer praktizieren.
4. Die Finanzdecke aller AZ's ist so dünn, dass vorderhand im Personalbereich sicher keine Stellenaufstockungen stattfinden sondern eher noch gespart wird. Das heisst, dass Verbesserungen im Angebotsteil nur über Verminderung von Mehrfachleistungen, wie sie jetzt durch die Zersplitterung der AZ's erbracht werden müssen, erreichbar sind. Unbegreiflich war in diesem Zusammenhang das Fehlen von AZ-Verlegern und/oder Geschäftsführern aus dem Ostring an der Medientagung.
5. Die AZ's bieten nach wie vor für 100'000 Leser täglich schnell und pointiert SP-Informationen, wie sie gesamtschweizerisch mit keinem andern Medium momentan erreichbar wären.

Die fünf Vorschläge zur Arbeiterzeitungssituation:

1. Wichtigste Forderung der Medientagung für die Situation der Arbeiterzeitungen: Verleger, Redaktoren, technisch Verantwortliche und SPS müssen sofort und in einer kleinen, arbeitsfähigen Gruppe zusammensitzen, um die aktuellen Probleme (Thurgauer AZ, Finanzen, Ostring, Auseinanderfallen Mantelkonzept Westring) offen besprechen und langfristige Strategien entwickeln zu können.
2. Die "kleintechnologische Guerilla", das heisst der lockere Verbund der AZ's auf der Basis flexibler und billiger Uebermittlungsmethoden beim Fotosatz kann ohne Finanzrisiken verwirklicht werden.
3. Das gibt auch die Chance zur besseren redaktionellen Zusammenarbeit, vor allem auch zwischen Westring und Ostring.
4. Eine Aufwertung der AZ's durch Primeurs (wichtige Interviews und Stellungnahmen von Parteiprominenz, die andere Zeitungen nachdrucken oder zusammenfassen) ist dringend gefordert. Die Schwierigkeiten, etwa dass der Redaktorenbestand der AZ's für gleiche Aufgaben oft vier bis fünf Mal kleiner ist als derjenige der grossen Schweizer Blätter, müsse damit wettgemacht werden, dass Mandatäre und Parteispitze öfters auch von sich aus mit vor allem SP-News zu den AZ's kommen müssten. Die Integration von SPS-Informationen (Mitglieder-Mitteilungen, Koordination von guten Informa-

tionen aus den Kantonen, SPS-Pressedienst und "Parlament") ist erwünscht.

5. Ungelöst bleibt vorerst die Frage der Bundeshausberichterstattung, die bis anfangs siebziger Jahre von den AZ's selbst gemeinsam organisiert war. Eine Regelung drängt sich aber vor allem für die Zeit der Sessionen auf.



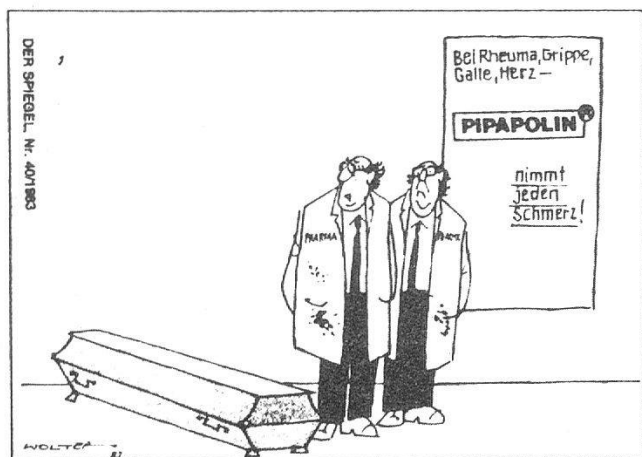
Kurze Chronologie zu den Deutschschweizer Arbeiterzeitungen

- 1893 - Gründung der "Tagwacht" Bern [Vorläufer: "Der Schweizer Sozialdemokrat"; ab 1906 täglich]
- Gründung "Der Demokrat" Luzern [ab 1984 "Centralschweizer Demokrat"]
- 1898 - Gründung "Volksrecht" Zürich
- 1903 - Gründung "Winterthurer AZ"
- 1905 - Gründung "Das Volk" Olten [später "Solothurner AZ"]
- Gründung "St. Galler Volksstimme" [später "Ostschweizer AZ"]
- 1906 - Gründung "Freier Aargauer" Aarau
- Gründung "Appenzeller Volkswacht" [1915 mit "Volksstimme" fusioniert]
- 1912 - Gründung "Thurgauer AZ" Arbon
- Gründung "Schwyzer Demokrat" Siebnen/SZ
- 1914 - die Schweiz zählt insgesamt 32 Arbeiterzeitungen [im Vergleich 1880: 5 Arbeiterzeitungen]
- 1918 - Gründung "Schaffhauser AZ" [Vorgänger: "Echo vom Rheinfall" seit 1905] seit 1919 täglich
- 1919 - Gründung "Seeländer Volksstimme" Biel
- 1920 - Uebernahme der "Bündner Volkswacht" Chur durch die St. Galler "Volksstimme"
- 1921 - Gründung "Der Sozialdemokrat" Basel [Vorgänger: "Basler Arbeiterfreund" ab 1886, "Vorwärts" ab 1893; später "Basler AZ"]
- 1923 - Fusionsverhandlungen zwischen "Volksstimme" und "Thurgauer AZ" scheitern
- 1960 - Bei fast allen noch existierenden Arbeiterzeitungen hat ein deutlicher Auflagenrückgang eingesetzt bei gleichzeitig höchstem Mitgliederbestand der SPS in ihrer Geschichte
- 1961 - Bemühungen einer SPS-Spezialkommission für eine gemeinsame Beilage aller AZ's oder sogar gewisse zentrale Produktionen scheitern
- 1970 - AZ-Ring Zürich mit zehn angeschlossenen AZ's [ohne Tagwacht] entsteht [Gesamtauflage: ca. 70'000]
- 1971 - Reorganisation des AZ-Rings wegen hohen Defizites
- 1972 - Verschiedene AZ's, darunter die "Schaffhauser AZ" geben Samstagsausgabe auf
- 1973 - Der Zürcher AZ-Ring bricht auseinander
- "Volksrecht" Zürich geht ein
- "AZ Zürcher Oberland" geht ein
- "Zentralschweizer AZ" geht ein
- 1974 - "Schaffhauser AZ" und "Winterthurer AZ" beziehen Mantelseiten vom damals linksliberalen "Badener Tagblatt"
- "Ostschweizer AZ", "Solothurner AZ", "Basler AZ" und "Freier Aargauer" schliessen sich teilweise Bern an
- 1975 - "Thurgauer AZ" übernimmt ebenfalls "Badener Tagblatt"-Mantel
- Das Projekt einer Zürcher Wochen-AZ scheitert an mangelnden Abo-Vorbestellungen
- 1976 - "Volksrecht" Zürich aufersteht als Kopfblatt des "Freien Aargauer"
- 1977 - "Ostschweizer AZ" schliesst sich dem BT-Mantel an: der "Ostring" ist komplett
- 1981 - "Ostschweizer AZ" ist vom Untergang bedroht, bringt aber in einer Rettungsaktion 750'000 Franken zusammen
- 1982 - "Schaffhauser AZ" führt Samstagsausgabe wieder ein
- 1984 - Thurgauer Genossenschaftler beschliessen Ende der "Thurgauer AZ"
- "Basler AZ" kündigt Mantelseiten der "Tagwacht" auf

Krankenversicherungs-Initiative

Neue Bücher aus SP-Feder: Schwarzes und Rotes

Der Text der vom Parteitag verlangten Initiative für eine soziale Krankenversicherung liegt nun vor. Er wurde in Zusammenarbeit zwischen SPS und SGB erstellt und es ist eine gemeinsame Lancierung nach den Sommerferien geplant. Nach einer ersten Diskussion am 12. Mai beschloss der Parteivorstand, dass eine Vernehmlassung bei Kantonalparteien und Fachleuten stattfinden und eine Fachtagung organisiert werden soll (Datum: 30. Juni 1984, Bern). Interessenten mögen sich mit weiteren Fragen an das kantonale Parteisekretariat wenden.



„Nun ja, wir haben es schließlich als Schmerzmittel verkauft – nicht als Lebensmittel!“

Nach geschlagener Schlacht

Die Bankeninitiativen-Schlacht haben wir mit Anstand geschlagen. All jene, die vor lauter Referieren, Leserbriefschreiben, Flugblattverteilen oder Bankkonten-Kündigungen (nach Erhalt der netten Grossbankenbriefe) nicht dazu kamen, Souvenirs zu sammeln, können vertröstet werden: *ES HAT NOCH PLAKATE!* Bestellen tut man sie im Zentralsekretariat. Das "Steuergerechtigkeit-" und das Hodlersche "Klar-"Plakat (Weltformat) kosten je Fr. 6.-, die kleineren Plakate (zusätzlich: Weisse West, Wir Lohnausweis-Bürger) Fr. 1.--. Eile könnte geboten sein: die Beigen gehen teilweise zur Neige.

«Der Chef arbeitet aber nicht»

Die Hundert-Seiten-Broschüre ist auch aussen schwarz, ganz gemäss ihrem Namen: "Frau und Arbeit - ein Schwarzbuch". Und was drinsteht, sind in der Tat Trauerfälle. Trauerfälle des reichsten Industrielandes der Welt, das einen grossen Teil seiner Arbeitnehmerinnen unter Bedingungen bezahlt und leben lässt, die in der offiziellen patriotischen Schönfärberei als schon jahrzehntelang überwunden gelten. Textbeispiel:

"Stundenlöhne von Fr. 8.- für Frauenarbeit sind in der Region St. Gallen leider keine Seltenheit. Das ergibt einen monatlichen Nettolohn von ungefähr Fr. 1200.-/Fr. 1300.--. Diese alleinstehenden Frauen leben somit meist unter dem gesetzlich zugesicherten sozialen Existenzminimum!"

St. Galler Genossinnen und Genossen (Käthi Beglinger, Margrit Bernhard, Kathrin Hilber, Rita Heilig, Bruno Hollenstein, Alexa Margadant-Lindner, Andrea Meinen, Paul Rechsteiner, Marina Widmer) haben unter Mithilfe von Eva Ecoffey (ZS) das Schwarzbuch auf den 1. Mai hin zusammengestellt. Wenn auch seine Sicht in erster Linie auf St. Gallische Verhältnisse gerichtet ist, so sind die Aussagen und die Forderungen durchaus schweizerisch gültig. Was acht Frauen in Interviews am Anfang sagen, gilt für die gesamte Arbeitswelt zwischen St. Margrethen und Genf.

Das Schwarzbuch enthält darüberhinaus grundlegende Informationen zum Arbeitsrecht, zur AHV, zum Mutterschafts-schutz. Es kostet Fr. 6.- und ist bei der SP St. Gallen, Lämmli-brunnenstr. 41, 9000 St. Gallen (071/852497) zu beziehen.

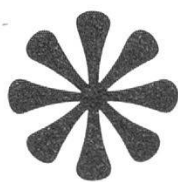


«Finanzpolitische Pflichtlektüre»

So etwas wie eine finanzpolitische Pflichtlektüre für Sozialdemokraten ist ein kleiner Band, den Peter Hablützel bereits im Frühjahr bei Helbing und Lichtenhahn veröffentlicht hat: "Staatsverschuldung - die hintertriebene Sanierung der Bundesfinanzen". SPS-Vorstandsmitglied Hablützel, drei Jahre lang pers. Berater von Finanzminister Willi Ritschard, geht den Ursachen der Staatsverschuldung ab 1971 nach. Einen der Gründe umreisst Hablützel so:

"Dass in der Schweiz ein Nachholbedarf an staatlichen Leistungen bestand, drang erst in den sechziger Jahren ins politische Bewusstsein. Der verpasste Ausbau der notwendigen Infrastruktur musste infolge der Inflation unter erhöhten Kosten nachgeholt werden und heizte die Konjunktur entsprechend an. Als Folge der teuren Investitionen gerieten zunächst die öffentlichen Haushalte unterhalb der Bundesebene in eine langfristige Finanzklemme, obwohl die Einnahmen der Kantone und Gemeinden aufgrund der progressiven Steuern überproportional zum Wirtschaftswachstum zunahmen."

Hablützel analysiert daneben auch die "Krise der Konkordanzdemokratie" und die Rolle der "Sozialdemokraten im Dilemma" so präzise und praktisch ohne Fach-Chinesisch, dass die Lektüre der blass- bis SP-roten Schrift oft auch schlicht Spass macht. Die 96-Seiten-Broschüre ist im Buchhandel erhältlich.



SABZ «Film des Monats»

Wer den "Film des Monats" im jeweiligen Monat bestellt, um ihn zu einem späteren Zeitpunkt zu zeigen, kommt in den Genuss eines 25 % Rabattes.

Film des Monatses Mai:

Die Landschaftsgärtner

[Kurt Gloor], 1969, 33 Min 108.-

Die wirtschaftliche und kulturelle Misere unserer Bergbauern, einer Bevölkerungsgruppe, die auf der Schattenseite unserer Wirtschaft lebt.

Film des Monats Juni:

Stilleben

[Elisabeth Gujer] 1978, 70 Min. 130.-

Am Beispiel der Liebesgeschichte einer 55 jährigen verwitweten Frau wird ohne Sentimentalität die Ohnmacht und Vereinzelung von Alleinstehenden sichtbar und fühlbar gemacht.

SP-Klatsch und Tratsch

Die einzige Frau auf der Liste der Bankeninitiativen-Referenten, Angeline Fankhauser, kam sich benachteiligt vor. "Wenn Männer zu den bürgerlichen Parteien referieren gehen, bekommen sie in der Regel Wein. Für Frauen fällt fast immer Schokolade ab. Dabei macht Wein ja wirklich weniger dick. Und er wird im Gegensatz zur Schokolade auch noch von Jahr zu Jahr besser." Angelines Wort in FDP's Ohr.



Im SPS-Vorstand kam Uebersinnliches zur Sprache. Als Helmut Hubacher den Termin einer Tagung über die Krahenversicherungsinitiative - ohne Blick auf den Kalender - auf Pfingsten festlegen wollte, gab es Protest. Gret Haller nahm den Genossen Vorsitzenden mit Religionskenntnissen augenzwinkernd unter Beschluss: "Das Datum, das Helmut gewählt hat, ist Pfingsten. Aber der Heilige Geist wird uns an dieser Tagung wahrscheinlich nicht beflügeln." Der Termin wurde verschoben.



Jahrelang dachten es die Journalisten, jetzt endlich ist es ausgesprochen, das ominöse Wort PANZ-KAMPFER statt Kampfpanzer. Sepp Stappung war es, der den Mut aufbrauchte, das vom EMD vergoldete Gefährt mit einer Werkstabenverbuchslung zu ironisieren. Ob Sepp das absichtlich getan hat, ist allerdings fraglich: sein Manuskript zur Leo II Pressekonferenz anfangs Mai musste in grosser Eile geschrieben werden. Fest steht aber, dass man in weiten Kreisen der SP über die Kosten des Leo II wie über Kampfpanzer denkt: beides stinkt.



Der Freisinn ist eine pluralistische Partei mit einem breiten Spektrum, merkten während des Kampfes um die Bankeninitiative einige Genossen. Bei der St. Galler und der Appenzeller FDP war man mit dem SP-Referenten sehr grosszügig und überreichte ein respektables Rednerhonorar. Hans Kaspar Schiesser kaufte sich davon ein halbmeterhohes Stoffhuhn und zeigte damit auf FDP-Kosten seinem Publikum, was es mit dem Märchen, die SP schlachte Hühner, die goldene Eier legten, auf sich hat. Demgegenüber fuhr Beat Kappeler von einem Referat beim FDP, SVP und Gewerbeverein in Biel mit leeren Händen nach Hause. Im Zug sass ihm Jean-Pierre Bonny gegenüber. Mit sechs Flaschen Wein oben im Gepäcknetz. Bonny hatte bei der gleichen Veranstaltung gegen die Bankeninitiative gesprochen...



Zuhörer der SPS-Medientagung waren gelegentlich nicht ganz sicher, ob sie sich nun an einer Veranstaltung zu AZ-Fragen oder an einem Weiterbildungskurs für Scheidungsanwälte befanden. "Sozialdemokratie und Arbeiterzeitungen: ist das der Weg einer Scheidung? Oder ist dies hier eine Eheberatung fragte Angeline Fankhauser. Der Schaffhauser AZ-Redaktor Bernhard Ott ergänzte schlagfertig: "In Sachen Information geht unsere Parteispitze chronisch fremd. Ich als betrogener Ehepartei sage da nur: bis hierher und nicht weiter, sonst lassen wir uns scheiden." Im Hintergrund flüsterte eine Genossin: "Gab es bei den Sozialisten anfangs des Jahrhunderts nicht mal ein erfolgreiches Konzept der freien Liebe, das man wieder aufwärmen könnte?"

